

# Arbeiterkämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. Geschäftsf. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Hemmrich-Sammelnummer 17259 / Polizeikontor Dresden Nr. 13333. Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Jenaer Allee Dresden Nr. 17259 / Deutshauschafft: Arbeiterschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ungegenpreis: Die neuromal gespaltene Nonpareilleiste über deren Raum 0,30 RM., für Familienangelegenheiten 0,20 RM. für die Reklameseite entstehend an den dreigeschossigen Tiefsteinsteinen 1,25 RM. Ungegenpreis: Die neue Seite 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 17. Mai 1927

Nummer 114

## Erfolglose Granatnäder

Der englische Innenminister auf dem Rückzug — Neue Protesterklärung

### Wachsende Sympathie für Rußland

Die imperialistischen Banditen in London haben ihre Einbrecherarbeit eingestellt. Knallgas und Spindäden sind wieder in Auge gebracht. Die Arbeit der Arcoo ist wieder aufgenommen. Gefunden hat man nicht was man suchte. Das Ergebnis ist möglicher. Im Unterhaus erklärte jetzt der Innenminister Johnson Hills, daß das Kriegsministerium ihm Material unterbreitet habe, wonach ein wichtiges Staatsdokument im Beisein von Personen sein sollte, die in der russischen Handelsvertretung täätig seien.

Die Aussichtnahme habe das schläende Dokument nicht aufzuzeigen verwohnt.

Nach der Erklärung des Innenministers beantragte Henderson als Sprecher der Labourfraktion Verlängerung der weiteren Erörterung der Frage. Im Augenblick halte die Labourfraktion einen Misstrauensantrag nicht für angebracht, da die Durchsuchung des Gebäudes der Arcoo von einer derartigen Bedeutung und so weitreichend sei, daß es unmöglich sei, diese Angelegenheit im Wege von Fragen und Antworten zu erörtern.

Au dem Vorwisch der englischen Regierung gegen die Handelsvertretung der Sowjetunion in London schrieben gestern die Leipziger Neuesten Nachrichten:

"Der Vorwisch gegen Sowjetrußland &c. wird von der Meinung der Welt sehr verschieden beurteilt werden, je nachdem, was dabei herauskommt." Heute steht die Sowjetunion fest, die englische Regierung ist blamiert, sie hat kein Material gefunden, mit dem sie die unerlaubte Kriegsprovokation rechtfertigen konnte. Die sozialistische Zeitung verließ das große Zentrum: "Die Londoner Presse gelähmt." Die englischen Die-Hards erwiesen sich als die Kräfte, die das Volk wollte, aber nicht schaffte. Das Misstrauen der englischen Regierung ist erhöht, das Misstrauen der Sowjetunion gestärkt worden. Das müssen heute nicht nur alle bürgerlichen Blätter anerkennen. Die Times verzweifeln das Vorgehen der englischen Regierung zu redenfertigen, in dem sie hofft, daß zwar das Dokument nicht gefunden ist, die Behörden wären aber der Ansicht, daß die Durchsuchung sich durch Entdeckungen berechtigt erwiesen habe, die darauf hindeuten lassen, daß die Arcoo als der Sitz einer weitverzweigten Sowjetorganisation mit harter anti-englischer Charakter gewesen sei."

Am Sammabend hatte ein Mitglied der englischen Regierung noch erklärt: "das Arcoogebäude ist durchsucht, jetzt kommt das Reichshaus dran." Der englische Minister entblößte damit zwar offen und brutal die Kriegsprovokationsabsichten der Engländer, doch durfte den Die-Hards inzwischen der Anschein vergaßen sein. Sicherlich wird die englische Regierung verflucht, die Kriegsprovokationen auf anderen Wegen und an anderen Stellen fortzuführen, doch es darum geht, darüber kann es keinen Zweifel geben. Selbst Henderson, dieser Exreformist, leidet der Sache des englischen Gewerkschaftskongresses. Sie haben an das Ministerium einen Brief geschrieben, indem es heißt, es sei schwer anzunehmen, daß die Vertreter irgendwelches Landes behandelt werden könnten, wie die Vertreter der Sowjetunion. Und selbst bürgerliche Berichterstatter unterstreichen zum Teil unmissverständlich, zum Teil offenkundig den Verdacht, daß es den Tories nicht nur darum geht, das Auftreten der Sowjetunion in Gent zu durchkreuzen, ihre mit Fronten angehobenen Beziehungen zu stören, die Stimmung mit Durchsetzung des englischen Gewerkschaftsgesetzes zu beeinflussen, daß es vielleicht absolut klar sei, daß England um jeden Preis den Bruch mit der Sowjetunion bereite und dieses jedem Menschen in der Welt offenkundige pronostatorische Voraussetzung der englischen großkapitalistischen Regierung muß jedem Arbeiter auch in seinen zahlenden ungedeckten Konsequenzen klar sein. Jetzt oder nie gilt es zu begreifen, daß wenn die Arbeiter die Pläne der englischen Imperialisten und ihrer Justiz nicht verhindern, eine ungemeinerliche Katastrophe von niemanden zu verhindern sein wird. Aus der Sowjetunion wird berichtet, daß dort im allen Teilen der Republik die Kundgebungen gegen den englischen Streit den größten Umfang angenommen haben, daß die russischen Arbeiter die in die Nachbarstaaten auf den Straßen demonstrierten, daß in Moskau Militär die Stadt gegenstand, in der die englische Hochsicherheit liegt, abperren mußte. Die Sowjetregierung ist die einzige Friedensregierung der Welt. Aber es gibt auch Grenzen der Beliebtheit für ein ganzes Volk, das dauernd durch die Provokationen der internationalen Verbrecherbündnisse aufgestachelt wird, und es gibt Augenblüde, in denen eine härtere Macht als die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die tatenmäßig ihre heilsame Verantwortlichkeit für den Frieden bewiesen hat, nicht auftreten könnte, um die elementare Bewegung der Massen, die ihren Aufbauwillen dauernd bedroht sehen, nicht mehr in der gerechten Empörung zurückhalten kann.

Der ganze Ernst der Lage muß der Arbeiterschaft zum Bewußtsein kommen. Die Sozialdemokratische Presse bemüht sich, die Angelegenheit als weniger ernst und gefährlich hinzustellen. Vielfach spricht aus den Sozialdemokratischen Zeitungen die Schadenfreude gegen Rußland.

Welche Absichten und Pläne die Engländer verfolgen, müssen selbst die reaktionären bürgerlichen Zeitungen zugeben. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, denen man schwerlich keine Freundschaft für Rußland nachsagen kann, schreiben gestern:

"In England sind die Die-Hards oben auf, die Männer, die gepanzerten Faust" und des "immer fest druff" in englischer Übersetzung. Für sie ist Sowjetrußland "der Feind", wie es

Wir glauben, die Abrechnung kommt schneller, die revolutionäre Südarmee der Chinesen marschiert trotz Tschaotofsch

nach Norden. Dann aber hängt der Sieg über die Imperialisten von der Kampfesfähigkeit und der Einigkeit der Arbeiter ab. Die Einheitsfront der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg markiert. Die Geschlossenheit und der Kampfmoral machen schneller als manche Feinde und Betrüger des Proletariats denken.

### Eine neue Protestnote Chintschuls

Gent, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

Herrn mittag empfing Chintschul die Presse, um über die Londoner Ereignisse eine Erklärung abzugeben, die unter anderem besagt:

Die Hausschaltung in den Räumlichkeiten der Handelsvertretung ist eine offene Verleugnung des Vertrages zwischen England und der Union der SSR vom Jahre 1921. Ich kenne die Ursachen der politischen Durchsetzung nicht, und es ist mir von der Kriegsgefahr verschleiert, das wichtigste Einverständnis ist, daß der Angriff gegen die Sowjetvertretung in England ist, daß der Angriff gegen die englischen Arbeiter nicht. Darin liegt das Zusammentreffen, daß Angriffe gegen Russland, Angriffe gegen die Arbeiter der Welt sind.

Von

einigen Seiten laufen Stimmen auf, daß Rußland dadurch, daß es die Angriffe einstieß, an seinem Anliegen auch bei den Arbeitern verlieren könnte. Die Arbeiter wissen, die Sowjetunion kämpft nicht um Prestige, sondern für den Frieden. Aber die Arbeiter wissen auch, die letzten Sieger in diesem Krieg werden die mit dem revolutionären russischen Proletariat verbündeten Arbeiter der Welt sein. Eine schwache Abhandlung davon scheint auch den KRM zu dämmern, als sie schreiben:

Sowjetrußland hat sich auch jetzt nicht zu überheben. Gegenmaßnahmen hinziehen lassen. Es verucht, England da zu treiben, wo es am empfindlichsten ist, beim Busch, das mittels eines Kredits von 200 Millionen Mark in Schwierigkeiten gebracht werden sollte. In England dürfte man sich aber täuschen, wenn man annimmt, daß der Zwischenfall für Rußland mit ein paar wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen abgetan ist. Möglich, daß wir von heute die Bekämpfung der englisch-russischen Rechnung, die die munitionen Tiehards aufgemacht haben, gar nicht mehr erleben, aber beglichen wird sie. Heimgesäßt wird die tödliche Beliedigung einmal, die das englische Vorgehen erst in Peking, dann in London dem Selbstgesetz Russlands zugestellt hat. So schlichtend läuft sich ein Volk mit der Vergangenheit und der Überlieferung des russischen vom Erdfeinde seiner Entwicklung nicht handeln, ohne die Rettung tief in sein Gedächtnis einzuschreiben."

Während die Sowjetdelegation auf der Westwirtschaftskonferenz die größten Anstrengungen macht, um mittelbare Wege des Nebeneinanderlebens der beiden ökonomischen Systeme zu finden und gegenwärtige wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen, legt England, dessen Vertreter auf dieser Konferenz anwesend ist, dienen Bestrebungen hindernisse in den Weg. Ich kenne nicht die Stellungnahme meiner Regierung in dieser außerordentlichen Lage, ich meinerseits erkläre, daß eine erfolgreiche Tätigkeit der Vertretung der Union der SSR in England nur dann möglich ist, wenn Rußland die angemessenen Verbindungen garantiert werden.

## Vor dem Regierungsantritt der Deutschnationalen

Von Rudolf Kerner

Vor wenigen Tagen bekräftigten wir eine äußerst scharf gehaltene Erklärung der Deutschnationalen zu dem vorbereiteten Regierungswechsel am 1. Juni. Aus der Erklärung sprach heraus, als solle von Seiten der Deutschnationalen am 1. Juni die Krise mit aller Kraft herauftschlagen werden. Nur wenige Tage später da erlangt es so hinter den Kulissen herzu, daß eine Verschiebung des Regierungsumschwells mit dem geplanten Ministerstab bis zum Herbst hinauszögert werden soll. Bis dahin sollte alles beim Alten verbleiben. Jetzt erschien in den Dresdner Nachrichten ein Artikel, "Zum 1. Juni" beschriftet, der offensichtlich anzeigt, daß man die Deutschnationalen Wähler auf die Abstimmung eingestimmt gewillt ist. Man will die Sommerferien zur Vorbereitung der Umstellung benutzen. An Stelle der großen Forderung tritt der Ton der Verständigung des Bürgerblatt-Kabinetts, auf besitzerter Plattform noch wie im Reichsamt aus eintigen politischen Mandativen hervorgehen. Am Reichstag, die Demokraten in Opposition, auch die SPD. In Sachsen muß man sowohl die Demokraten wie die dem Parteivorstand keilförmig verwandten USPS-Leute in die Koalition mit den Deutschnationalen einbezahlen. Um diese vollständig realistische Demaskierung der Demokraten und USPS zu vollführen, gibt man eine Frist bis zum Herbst.

Der Angriff der Demokraten richtet sich nicht nur gegen einige Minister, sondern auch gegen die Person des Demokraten Seydel. Bei der Beratung des Anteilegegesetzes kam es bekanntlich zu einem beträchtlichen Zusammenstoß. Seydel verteidigte seine Position. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion fand die Ausführungen des Abgeordneten Kötter in einer Mitgliederversammlung der Demokratischen Partei in Dresden außerordentlich interessant. Zur Regierungsbildung erklärte Kötter hier, daß sich aus der Zusammenlegung des Landtages große Schwierigkeiten ergeben. Ob ein ersterliches Zusammenschließen mit den Deutschnationalen sei werde, darüber könne man verschiedene Meinung sein. Die zugesagte Verminderung der Zahl der Ministerien entspreche einem seit langem gehegten Wunsch der Demokraten. So macht man aus der Not eine Tugend. Die wesentlichste Erklärung ist aber, daß die Demokraten, wenn in der nächsten Woche die Verhandlungen beginnen, sie ihre Zusage formal erfüllen werden. Das bedeutet, die Demokraten sollten sich bereit mit den Deutschnationalen die Regierung zu bilden. Die Scheinposition ist schon aufgegeben. Die gesamte Frage dreht sich jetzt um die USPS-Demokraten. Mit diesen beschäftigt sich deswegen auch der Kritik der Deutschnationalen Nachrichten am eingeschlagenen. Einleitend erläutert der Kritik, daß

die Parteien, ohne daß sie es notwendig gehabt, den Deutschnationalen das Versprechen gegeben, am 1. Juni die Regierung umzubilden. Die Demokraten haben inswischen eingesehen, daß sie von ihren Verpflichtungen nicht loskommen. Der Verlustballon, den sie vor etwa Monaten fest haben steigen lassen, jetzt zerplatzt. Unseren oben niedergeschriebenen Beurteilungen von Kötter zeigen das. Nur die USPS-Demokraten haben den Wechsel nicht unterschrieben, sie leben in ihren Erfüllungen frei. Demokraten und USPS-Demokraten erklären denn auch, daß das entscheidende Wort von den USPS-Demokraten gesprochen werden müsse. Die Nachrichten erklären darauf, man solle die USPS-Demokraten besser zunächst einmal aus dem Spiel lassen. Im übrigen sei die Zwangslage der USPS jetzt noch stärker geworden, wie bei der Regierungsbildung zu Beginn des Landtages. Die Hoffnungen der USPS auf eine große Koalition seien schicksalhaft. Die USPS müsse mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten, eine Wahl zwischen rechts oder links gebe es für sie nicht mehr. Es gebe nur noch eins: entweder Zusammenarbeiten mit den Rechten, oder auflösen. Die bürgerlichen Parteien litten den USPS-Leuten das Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen erleichtern.

Über die Verminderung der Ministeräume schreiben die Nachrichten dann, daß dies eine schwierige Frage sei, jedoch die Deutschnationalen könnten kein allzu großes Einigungsproblem zeigen, da sie ein solches schon im Januar im großen Maße gezeigt haben. Also immerhin ein Entgegenkommen, um den Abhängigen jeder Richtung einen Erfolg vorzutäuschen. Die USPS-Demokraten selbst äußerten sich zu den Fragen noch gar nicht. Der Volksstaat, der den Kritik der Deutschnationalen gestern zum Abdruck bringt, sagt zu den Ausschreibungen nur:

Die Kritik aufstellend mahns und zurückhaltend geschriebene Kritik wird vorwiegendlich nicht ohne Echo bleiben.

Diese auffallend mahnend zurückhaltend geschriebene Erklärung ist wohl schon die volle Einverständniserklärung für die Vereinfachung mit den Deutschnationalen zusammen zu regieren. Kein Mensch hätte etwas anderes erwartet. Das Theatral, das jetzt noch gelingt wird, ist nur noch dazu da, die Parteidurchläufer irrezuläufen. Die USPS will den Arbeitern nochmals vorläufig das Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen bei ein "Erfolg".

Die werktäglichen Massen haben die "Segnungen" des Zusammenregierens mit den Reaktionären oft genug zu fühlen bekommen, man braucht über diese "Erfolgsmethoden" nicht mehr zu reden. Diese Politik der USPS trägt das Merkmal wachsender Beliebtheit in sich. Erst waren es 4 Minister, dann 2